

# Stenographisches Protokoll

17. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode  
Mittwoch, 29. Juni 2005

## Inhalt

**Fragestunde** (S. 1342)

### Tagesordnung

**1. Ldtgs.Zl. 2-3/29:**

Angelobung eines Mitgliedes des Landtages nach Art. 23 K-LVG

Gelöbnisleistung (S. 1358)

Zur Geschäftsordnung: Schwager (S. 1358)

**2. Ldtgs.Zl. 4-7/29:**

Nachwahl eines Obmannes eines Ausschusses und Nachwahlen von Mitgliedern in die Ausschüsse gem. Art. 17 Abs. 3 K-LVG

(S. 1359)

**3. Ldtgs.Zl. 5-6/29:**

Wahl eines Mitgliedes des Bundesrates und seines Ersatzmitgliedes gem. Art. 35 Abs. 1 und 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG)

(S. 1359)

**4. Ldtgs.Zl. 5-7/29:**

Änderung der Vorsitzführung im Bundesrat gem. Art. 36 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)

(S. 1360)

**5. Ldtgs.Zl. 10-5/29:**

Verlesung der Änderung der Klubanzeige des F-Klubs gem. § 7 Abs. 4 K-LTGO

(S. 1361)

**Beginn:** Mittwoch, 29. Juni 2005, 09.04 Uhr

**Ende:** Mittwoch, 29. Juni 2005, 10.38 Uhr

### Beginn der Sitzung: 09.04 Uhr

**V o r s i t z :** Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**

**A n w e s e n d :** 34 Abgeordnete

**E n t s c h u l d i g t :** Dritter Präsident **Lobnig**, Mag. **Cernic**

**M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s :**  
**Ing. Kampl, Molzbichler, Blatnik**

**A m R e g i e r u n g s t i s c h :** Landeshauptmann **Dr. Haider**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**;

Landesamtsdirektor-Stv. **Dr. Platzer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Meine Damen und Herren! Ich ersuche Sie, die Plätze einzunehmen! (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Ich begrüße Sie zur 17. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese! Ich begrüße auch die Anwesenden auf der Zuhörertribüne und die Medienvertreter sowie die anwesenden Regierungsmitglieder: Herrn Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Martin Strutz, Herrn Landesrat Gerhard Dörfler, Herrn Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy und Frau Landesrätin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut! Ich begrüße die vollzählig anwesenden Damen und Herren Bundesräte und die Mitarbeiter des Amtes!

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

Ich darf mitteilen, dass sich für die heutige Sitzung Herr Dritter Präsident Josef Lobnig und Frau Landtagsabgeordnete Mag. Nicole Cernic

entschuldigt haben. Der Landtag ist beschlussfähig.

Wir kommen nunmehr, am Beginn der Sitzung, zur Fragestunde.

**Fragestunde**

Ich rufe die 1. Anfrage auf:

**1. Ldtgs.Zl. 96/M/29:****Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich ersuche, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Die Turbulenzen um das Fußballstadion sind uns ja noch bestens in Erinnerung. Da gab es einigen Wirbel darum, wer dann das Projekt kriegen wird. Aus den Medien haben wir erfahren, dass es hier viele Turbulenzen eben gab, und daher meine Frage an Landeshauptmann Haider: Haben Sie irgendein Mitglied der Vergabekommission veranlasst, die Unterlagen der Anbieter für das EM-Stadion in einer Kärntner Wochenzeitung zu veröffentlichen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Nein!

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der F eine Zusatzfrage gewünscht? – Bitte, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, diese zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann, ist es Ihres Wissens nach das erste Mal, dass es zu

Indiskretionen gekommen ist, in Hinsicht einer Vergabekommission?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich war es nicht das erste Mal, sondern es sind ja in diesem Prozess laufend Ungereimtheiten aufgetreten, was auch dazu geführt hat, dass wir im Rahmen der Landesregierung auch den Beschluss, und zwar den einstimmigen Beschluss gefasst haben, eine Zwischenprüfung des Vergabeverfahrens zu verlangen, was auch dann zu einer Expertise geführt hat – von Prof. Holaubeck und Prof. Aicher -, bei der hervor gekommen ist, dass es schwerwiegende Mängel im Vergabeverfahren gegeben hat, beginnend von einer völlig falschen Beurteilung durch Architekten, die am Beginn des Verfahrens beigezogen worden sind, bis hin zu Fragen auch der Hereinnahme von verspäteten Angeboten und vieles andere mehr.

Diese Problematik ist natürlich eine, die im Zuge allfälliger Überprüfungen noch in Rede steht. Es ist aber so, dass jetzt einmal diese Zuschlagserteilung auf Grund der Unzuständigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenates möglich geworden ist. Daher glaube ich, dass die Zuschlagserteilung hält, weil ja eine Prüfung vor dem Europäischen Gerichtshof so viele Jahre dauern wird, dass in der Zwischenzeit das Stadion errichtet sein wird. Die Frage ist nur, welche Schadenersatzverpflichtungen allenfalls auf die Stadtgemeinde Klagenfurt als Errichter dieses Stadions zukommen werden, wenn sich die Vorwürfe, die allenfalls eingeklagt werden, als richtig herausstellen. Dann wird das für die Stadt Klagenfurt eine sehr teure Angelegenheit werden. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Abg. Vouk, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Landeshauptmann, ist es nach Ihrer Einschätzung jetzt sicher gestellt, dass das EM-Stadion gebaut wird?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vom Zeitablauf ist es sicher gestellt. Das Einzige, was eben passieren kann, das ist, dass die Stadt Klagenfurt im Nachhinein mit Schadenersatzforderungen konfrontiert wird, die möglicherweise hart an die Grenze ihrer finanziellen Kräfte herangehen werden. Aber das Stadion selbst kann gebaut werden. Es ist unbestritten, dass nach einer erfolgreichen UVP letztlich auch die Zeitpläne für die Errichtung eingehalten werden können. Es ist ja geplant, dass mit April oder Mai 2007 das Stadion der UEFA übergeben werden muss. Wenn das Stadion dann fertig gestellt ist und übergeben wird, dann können auch bereits die Vornutzungen getätigt werden, sodass eigentlich der Durchführung der Europameisterschaft am Standort Klagenfurt/Kärnten nichts mehr im Wege steht.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gestellt? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Anfragerstellerin noch eine Zusatzfrage? – Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Das war ja ausnahmsweise eine klare Antwort, daher habe ich keine Zusatzfrage.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Danke schön! – Ich komme zur Anfrage 2:

## 2. Ldtgs.Zl. 98/M/29:

### Anfrage der Abgeordneten **Dr. Prettnner** an Landeshauptmann **Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Hoher Landtag! Werte Regierungsmitglieder! Herr Präsident! Ich habe meine Frage: „Wie hoch wären die Pönalzahlungen des Landes Kärnten, wenn das geplante Fußballstadion doch nicht gebaut wird?“ im Feber dieses Jahres gestellt. Bei den letzten Sitzungen war der Herr Landeshauptmann nur kurz oder gar nicht anwesend. Die Frage haben Sie nun zuletzt beantwortet. Da es sichergestellt ist, dass das Stadion gebaut wird, ziehe ich meine Anfrage zurück.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Danke, Frau Abgeordnete! Damit ist diese Anfrage erledigt. – Wir kommen zur Anfrage 3:

## 3. Ldtgs.Zl. 104/M/29:

### Anfrage der Abgeordneten **Warmuth** an Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Geschätzte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Geschätzte Frau Landesrätin! Das No-Problem-Orchester ist durch seine Einzigartigkeit mittels zahlreicher Tournéen weltbekannt. Das integrative Musiktherapie-Konzept ist für Schwerstbehinderte sehr wertvoll. Zudem profitiert auch die Öffentlichkeit dadurch, weil Vorurteile gegenüber den Behinderten abgebaut werden.

**Warmuth**

Frau Landesrätin, ich frage Sie: Wie wird von Ihnen das No-Problem-Musiktherapiezentrum bzw. das No-Problem-Orchester gefördert?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Frau Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Das No-Problem-Musikorchester und vor allem das No-Problem-Musiktherapiezentrum werden seitens der Sozialabteilung durch eine Subvention alljährlich gefördert.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gestellt? – Bitte schön, Frau Abgeordnete Trannacher!

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Es gibt in Kärnten in Kärnten neben dem No-Problem-Musiktherapiezentrum einen Verein, der sich Musiker-Kontakt nennt und sich tatsächlich Musiktherapie zum Ziel und als Aufgabe gestellt hat.

In welcher Höhe belaufen sich die Förderungen dieses Vereins im Vergleich zum No-Problem-Orchester bzw. Musiktherapiezentrum, und wie viele Betreuungsstunden werden vergleichsweise damit gefördert. (*Vorsitzender: Es darf nur eine Anfrage gestellt werden, bitte!*)

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Geschätzte Frau Abgeordnete! Wenn man die beiden Vereine und die Subventionen vergleicht, so ergibt sich für das Jahr 2004 ein Bild, dass das No-Problem-Orchester einen Betrag in der Höhe von 58.770 Euro bekommen hat. Dafür wurden Stundenleistungen in den letzten Jahren zwischen 1.500 und 1.800 Stunden pro Jahr erbracht und 20 Kinder und Jugendliche betreut. Der Verein Musiker-Kontakt erhält eine Subventi-

on von 59.000 Euro. Durchschnittlich werden 48 Kinder betreut und wird eine Stundenleistung von 2.544 therapeutischen Stunden erbracht. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Hat die Anfragestellerin noch eine, dann bitte, sie zu stellen? (*Abg. Mag. Warmuth: Keine Zusatzfrage. Danke!*)

Damit ist die Anfrage 3 erledigt. – Wir kommen zur Anfrage 4:

#### **4. Ldtgs.Zl. 106/M/29: Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Ing. Rohr**

Herrn Landesrat Rohr begrüße ich hiermit ebenfalls herzlich!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! (*Vorsitzender: Ich darf noch einmal aufmerksam machen, dass in diesem Raum Handyverbot, passiv und aktiv, ist. Wenn jemand das Handy läuten lässt, dann bitte ich um 10 Euro für einen karitativen Zweck hier bei mir abzuliefern! Danke schön!*) Einen Moment, Herr Präsident, ich werde mein Handy ausschalten.

So. Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Zuhörer! Sehr geehrter Herr Landesrat Ing. Rohr! Die Anfrage von mir zum Thema „Müll- und Abwassergebühren“ ist schon zwei Monate alt. Sie hat aber wieder Aktualität erlangt, weil die Kärntner Landesregierung in ihrer letzten Sitzung wieder Erhöhungen und neue Gebühren für die Kärntner Bürger beschlossen hat.

Die Wirtschaftskammer hat im Vorfeld der Kammerwahl veröffentlicht, dass die Gebühren der Kärntner Gemeinden bei Müll und Abwasser zirka um ein Drittel zu hoch sein sollten. Es ist die Frage, ob das stimmt, weil ich das nicht überprüfen kann. Aber vor kurzem hat es in Leserbriefen gelautet, dass vor allem in der Stadt

**Schwager**

Villach die Gebühren bis zu 50 % angehoben wurden.

Jetzt ist die Frage an dich, sehr geehrter Herr Landesrat: Kann die Gemeindeaufsicht des Landes bezüglich der überhöhten Müll- und Abwassergebühren der Gemeinden prüfend eingreifen? Bitte!

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Geschätzte Regierungskollegin und Regierungskollegen! Herr Abgeordneter Schwager, du hast richtig verstanden: Es ist in der Regierung ein Paket verabschiedet worden, wo die Regierung beabsichtigt, Gebühren anzupassen, nachdem also teilweise in den letzten 15 Jahren keine Valorisierung von entsprechenden Gebühren stattgefunden hat. Dieses gesamte Paket wird natürlich, sage ich einmal, in Begutachtung gehen. Ich denke, in der Begutachtung haben dann alle relevanten Stellen auch die Möglichkeit, ihre Anmerkungen, ihre Anregungen einzubringen. Wie es auch in einem ordnungsgemäßen Gesetzesvollzug gehört, denke ich, ist in einer Anpassung und Neugestaltung von Gesetzen einfach die Möglichkeit, in Form von Begutachtungen einen Diskussionsprozess auszulösen, im vollen Umfang gegeben.

Zur Frage der Gebühren und Abgaben in den Gemeinden darf ich dir schon sagen, Herr Abgeordneter Schwager: Du warst selbst Bürgermeister und weißt, wie Bürgermeister ihre Gebührenhaushalte zu planen und zu gestionieren haben. Und vieles, was in Kärnten derzeit kritisiert ist, ist nicht hausgemacht. Ich meine, die Wirtschaftskammer hat natürlich – und da besonders der Herr Präsident Pacher – sich ereifert, vor dem Wahltermin, entsprechend die Gemeinden öffentlich zu kritisieren. In Wahrheit wurde konstruktiv an Lösungsvorschlägen nichts eingebracht, außer dass man gesagt hat, es sollte überhaupt alles privatisiert werden. Ich kann also feststellen, dass gerade in den Kärntner Gemeinden eben die Gebühren nicht auf Grund von Ursachen, die bei den Gemeinden oder in erster Linie beim Land liegen, erhöht werden mussten, sondern die Gebühren im Wesentlichen erhöht werden mussten, weil eben entsprechende Steuern und Abgaben von der Bundespolitik einge-

führt wurden. Ich erinnere an den Altlastensanierungsbeitrag, der auf uns zukommen wird, für die Hausmüllverbrennung. Ich erinnere an die Energiesteuer, ich erinnere an die Erhöhung der Mehrwertsteuer bei elektrischer Energie und bei vielem anderen mehr. All dies sind natürlich im Betrieb von entsprechenden Anlagen Kostenfaktoren. Daher ist es so, dass letztlich die Gemeinden sich – um nicht ihre Gebührenhaushalte sozusagen zu gefährden – auch nach der Decke strecken müssen, dass sie dafür Sorge tragen müssen, dass sowohl im Bereich Wasserhaushalte als auch der Abwasserhaushalte Anpassungen vorzunehmen sind. Denn es ist dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende Sanierungen und kurzfristige Reparaturen mit Rücklagen möglich sind. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Gebührenhaushalte ausgeglichen gestionieren und dort nicht Schulden entstehen. Ich denke, unter der Maßgabe – und das zeigen auch im Wesentlichen unsere umfassenden Untersuchungen in beiden Bereichen – sind die Gemeinden sehr, sehr sorgsam in der Bewirtschaftung dieser Gebührenhaushalte und der Gebührenvorschriften und tun mit Sicherheit nichts, um den Bürger am Ende auszusackeln, sondern nur das Notwendige, damit eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung, die auch gesetzlich vorgegeben ist, in den jeweiligen Gebührenhaushalten sichergestellt ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der F-Fraktion eine Zusatzfrage gestellt? – Ich bitte, Herr Abgeordneter, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat Ing. Rohr! Der Herr Abgeordnete Schwager hat gemeint, dass die Frage der Gebühren jetzt wieder aktuell sei. Ich unterscheide mich von ihm dadurch, dass ich sage: Diese Frage ist immer aktuell, weil sie die Menschen belastet.

In der Vergangenheit hat es, was Kanalgebühren betrifft, vor längerer Zeit ein Kostensenkungspaket der Frau Landesrätin Sickl gegeben, das

**Dipl.-Ing. Gallo**

immerhin zu einer 30- bis 40-prozentigen Entlastung der Gebühren geführt hat. (*Einwand von KO Abg. Markut*)

Herr Landesrat, ich frage Sie: Was waren Ihre konstruktiven Lösungsbeiträge in der Müllfrage, in der Kanalfrage, was die Gebühren betrifft, während Ihrer Amtszeit?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Mir ist nicht bekannt, dass eine Gemeinde in der Amtszeit der Frau Landesrätin Sickl ihre Wasser- oder Abwassergebühren gesenkt hätte. Also darüber, denke ich, wird relativ leicht Beweis zu führen sein, dass auch die Kostensenkungsprogramme, die theoretisch von der Frau Sickl angekündigt wurden, in der Tat nie umsetzbar waren, weil es offensichtlich nur theoretische Ansätze waren und die praktische Politik das nicht möglich gemacht hat.

Zur zweiten Frage, welche Aktivitäten und Maßnahmen ich gesetzt habe: Ja, ich habe natürlich der schwarz-blauen Bundesregierung mehrmals und öffentlich empfohlen, um die Bürger nicht über Gebühr für die Zukunft zu belasten, dass sie verzichten sollte auf beispielsweise die Einführung eines Altlastensanierungsbeitrages für die Hausmüllverbrennung. Es war im Jahr 1991 im Abfallwirtschaftsgesetz festgeschrieben, dass man gesagt hat: „Die effizienteste Form der Müllentsorgung ist letztlich die Hausmüllverbrennung.“ Es war auch politischer Wille, dass man gesagt hat, bei dieser effizientesten Entsorgung wird es also keine Altlastensanierungsbeiträge geben, weil Altlasten ja dort entstanden sind, wo Deponien vorhanden wären. Und wenn ich nicht mehr deponiere, sondern verbrenne, dann habe ich nur mehr Schlacken und Aschen zu deponieren, dann habe ich keine Ursache, dass ich noch Altlastensanierungsbeiträge bezahlen muss. Wenn die Bundesregierung schwarz-blau – jetzt schwarz-blau/orange oder wie auch immer – an dem festhält und drüberfährt und sagt: „7 Euro pro Tonne Hausmüll mehr!“, dann muss man halt wissen, Herr Abgeordneter Gallo, wenn man es in Schilling umrechnet, sind das 100 Schilling, die auf den Bürger direkt an Kosten umgelegt werden müssen. Daher kann der Umweltreferent nachdenken so viel er will, wenn er keine Partner in der Bun-

despolitik hat, dann wird er immer kläglich scheitern. In dem Fall ist es so. Es war vielleicht, sage ich einmal, das ständige öffentliche Dagegenhalten zumindest ein bisserl wirksam, weil ursprünglich hat man ja den Anschlag auf die Brieftaschen der Bürger noch in einer größeren Dimension vorgehabt. Man hat überhaupt 9 Euro für die Tonne in der Verbrennung einkassieren wollen. Letztlich, auf Grund der Diskussion und auf Grund, sage ich einmal, der Aufregung, die dann doch in den einzelnen Bundesländern entstanden ist, hat man das auf 7 Euro gesenkt. Aber 7 Euro die Tonne, das sind 100 Schilling für die Bürgerin und für den Bürger pro Tonne Hausmüll mehr, die sie zu berappen haben, die von der Landespolitik in keiner Weise beeinflusst sind! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Strauß, bitte!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Herr Landesrat! Gerade mein Vordredner hat den Sickl-Erlass früher vorgebracht. Es war teilweise ein Erlass, der auch mit der Staatsanwaltschaft in einigen Gemeinden untermauert worden ist und einige Bürgermeister dadurch zu einer Anzeige gekommen sind und die Gemeinden natürlich daraufhin sofort reagieren haben müssen und auch die Abwasserproblematik in Angriff genommen haben. Herr Landesrat, die konkrete Frage an Sie: Wie weit wirkt sich der von Ihnen ins Leben gerufene Wasserwirtschaftsfonds positiv auf Kärnten aus?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Strauß, vielleicht eine Anmerkung: Ich denke, im März des Jahres 2004 oder, besser gesagt, Anfang April hat die Regierung nach der Landtagswahl sich ein „Regierungsprogramm“ gegeben, hat hier im Hohen Haus dieses „Regierungsprogramm“ verabschiedet. Mein Ziel war es, zur Entlastung der Gemeinden und Verbände entsprechende Maßnah-

**Ing. Rohr**

men zu initiieren. Nachdem also in der Vergangenheit der Kampf ums liebe Geld nie erfolgreich zu führen war, weil zu wenig Geld für Wasser- und Abwasserbaumaßnahmen zur Verfügung gestanden ist, haben wir im Regierungsprogramm den Kärntner Wasserwirtschaftsfonds, daneben auch den Regionalfonds verabschiedet. Wir haben im Herbst des Jahres 2004 in der Regierung den Grundsatzbeschluss gefasst. Wir haben im Dezember des Jahres 2004 die gesetzliche Beschlussfassung hier im Landtag – ich danke noch einmal auch allen Damen und Herren Abgeordneten dafür, die aktiv und konstruktiv in dieser Frage mitgearbeitet haben und die Beschlussfassung ermöglicht haben! – umgesetzt. Wir haben keinen Tag ausgelassen, sage ich einmal, um letztlich mit Anfang Juni dann den Wasserwirtschaftsfonds in Funktion zu haben. Gerade in der letzten Landtagssitzung ist ja auch sozusagen die finanzielle Abwicklung der Fondsmittel hier im Landtag mit der entsprechenden Haftung beschlossen worden, sodass derzeit die Förderungen im vollen Umfang, wie sie an Hand der vorliegenden Projekte gegeben sind, auch tatsächlich fließen können.

Ich glaube, das ist der wesentliche und entscheidende Vorteil für die Gemeinden und für die Verbände, dass sie tatsächlich das Geld – wenn sie es nämlich brauchen – auch zur Verfügung haben und dass sie nicht zwei und drei Jahre warten müssen, bis die entsprechenden Landesmittel bereit stehen, in die Zwischenfinanzierung gehen müssen oder überhaupt Bauabschnitte aussetzen müssen, um am Ende erst bauen zu können, wenn das Geld flüssig ist.

Damit, denke ich, sind wir in der Lage, insgesamt die Bauzeitenpläne, die mit den einzelnen Projekten verbunden sind, entsprechend einzuhalten. Das zum Einen. Zum Zweiten, denke ich mir, fallen einfach Zwischenfinanzierungskosten weg, die von den Verbänden und Gemeinden im Regelfall erforderlich waren, um die Projekte trotzdem den Bauzeitenplänen entsprechend abzuwickeln. Damit, am Ende, ist der Bürger entlastet, weil er die ganzen Kosten, die sozusagen auf Grund der Folgen in der Vergangenheit zustande gekommen sind, nicht zu tragen hat. Ich denke mir: Das ist effiziente Politik, das ist Politik im Interesse der Kärntnerinnen und Kärntner! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion noch eine Zusatzfrage gewünscht? – Bitte, Herr Klubobmann Mag. Grilc, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie hoch ist denn der derzeitige Entsorgungsgrad, bezogen auf Abwasseranlagen, seien es Kanalisations- oder Einzelanlagen in Kärnten?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ja, Herr Abgeordneter Grilc, 91 % der Kärntner Haushalte befinden sich innerhalb der Gelben Linie. Das hat sozusagen die öffentliche Hand, haben die Gemeinden, die Aufgabenstellung, die Entsorgung vorzunehmen. Wenn man diese 91 % jetzt als Verpflichtung der öffentlichen Hand sieht, dann haben wir davon derzeit 80 % bereits an öffentliche Kanalnetze angeschlossen. Wir sind also zügig dabei, weitere weiße Flecken, die derzeit noch im Land vorhanden sind, abzuwickeln. Ich erinnere an eine sehr, sehr lange Diskussion im Oberen Drautal. Von Oberdrauburg bis nach Steinfeld hat es ja verschiedenste Varianten gegeben, jahrelange Diskussionen gegeben. Es gibt zwar jetzt noch eine Diskussion in den Gemeinden Greifenburg, Steinfeld und Weißensee, weil letztlich die kostengünstigste Variante eine gemeinsame Kläranlage für diese drei Gemeinden wäre und das natürlich auch bei den Förderungen zu berücksichtigen ist. Dort wird derzeit noch diskutiert, aber sonst sind wir dabei, dass in Wahrheit in Irschen eine Kläranlage umgesetzt ist, wo also in späterer Folge das Ortsnetz von Oberdrauburg aller Voraussicht nach dazukommen wird. Der Bürgermeister von Berg im Drautal ist da, und er wird bestätigen, dass gemeinsam mit der Gemeinde Dellach im Drautal die Kläranlage in Wahrheit in Vorbereitung ist und demnächst in Bau treten wird.

Wir werden sozusagen alle weißen Flecken auf der Landkarte aufarbeiten. Ich denke, dass gerade auch der Wasserwirtschaftsfonds in Kärnten als Instrument dazu beitragen wird, dass wir die

**Ing. Rohr**

Investitionen wahrscheinlich sogar früher fertig bringen werden als zu den gesetzlichen Fristen, nämlich 2015, vorgesehen. Ich denke, es wäre einfach schön, wenn wir sagen könnten: „Im Jahr 2010 haben wir, was die Frage der Abwasserentsorgung und der ordnungsgemäßen Reinigung betrifft, unsere Hausaufgaben gemacht.“ Das ist zumindest mein politisches Ziel! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? – Dann bitte ich, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Eine Feststellung: zu deinen Ausführungen: Der Altlastensanierungsbeitrag hat aber mit Wasser- und Abwassergebühren eigentlich nichts zu tun - gelt! -, die auch recht hoch sind. Aber jetzt meine ... (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender: Ich bitte, die Frage zu stellen!*)

Meine Frage ist folgendermaßen: Wie kann es möglich sein – weil schon über die Oberdrautaler Gemeinden gesprochen wurde, acht an der Zahl -, dass es dort Unterschiede bei den Wasser-, Trinkwassergebühren von zirka 70 % gibt? Die teuerste Gemeinde über eineinhalb Euro!

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ja, ich denke, Herr Abgeordneter, du hast schon Recht! Natürlich, du hast generell über Gebühren geredet, und Abwasser- und Wassergebühren sind jeweils getrennte Rechenkreisläufe. Abfallwirtschaft ist auch ein getrennter Rechenkreisläufe. Aber insgesamt sind das natürlich Gebühren, die die Bürger belasten.

Wie kommen Preisunterschiede, jetzt sage ich einmal, in den Gemeinden zustande? – Das ist eigentlich ganz einfach erklärt: Wenn Gemeinden in der Vergangenheit sich teilweise privater Versorger bedient haben, die mehr oder weniger nur tatsächlich die Selbstkosten verrechnet haben und über Jahrzehnte in Wahrheit nicht in die Instandhaltung investiert wurde und dann, auf

einmal, ist die Bedarfsdeckung erforderlich und die öffentliche Hand (die Gemeinde) muss einspringen und muss Versorgungsnetze neu errichten, wenn keine Rücklagen da sind, wenn keine entsprechenden und, na ja, das ist das Nächste, dass bei der Sanierung von Wasserversorgungsanlagen auch die schwarz-blaue Bundesregierung die sämtlichen Sanierungsförderungen heraus genommen hat. Man hat ja dort hinein gegriffen in den Topf, um das Nulldefizit, das eh nie erreicht wurde, zu proklamieren. Mit dem Argument hat man dort hinein gegriffen und hat aus 5 Milliarden Schilling, damals noch, 3 Milliarden Schilling gemacht. Also 2 Milliarden hat man sofort aus dem Topf heraus gezogen: zur Budgetsanierung. Dabei ist also die gesamte Frage der Wasserversorgung, vor allem bei den Sanierungsmaßnahmen gestrichen worden. Und das sind eigentlich die wesentlichen Aufwendungen, die heute natürlich die Gemeinden auch bei den Wasserbaumaßnahmen auf die Bürger umzulegen haben. Wenn es keine Förderung gibt, weil der Bund sie gestrichen hat, dann muss es der Bürger zahlen. Das ist einfach ein wesentliches Kriterium und ein Faktum. Die Preisunterschiede kommen eben zustande, weil es früher private Versorger gegeben hat, die also zu Selbstkostenpreisen – ohne Instandhaltung und ohne die entsprechende Vorsorgewirtschaft, sage ich einmal – ihre Gebühren umgelegt haben und da natürlich niedrigste Tarife zu verzeichnen waren. Wenn die öffentliche Hand ein Netz übernehmen will und das ordnungsgemäß errichten, sanieren und erweitern muss, dann fallen natürlich entsprechende Kosten an, die dann derartige Preisunterschiede möglich machen.

Ich sage aber trotzdem: Es wird notwendig sein, dass wir versuchen, flächendeckend eine geordnete Wasserversorgung zustande zu bringen, weil das ist einfach auch ein entscheidendes Merkmal für Lebensqualität eines Landes, damit jeder auch mit dem wichtigen Gut Wasser, dem kostbaren Gut Wasser, flächendeckend versorgt ist. Ich denke, teilweise ist natürlich bei derartigen Preisunterschieden, wie du das skizziert hast, vielleicht auch die Gemeindepolitik in der Vergangenheit falsch gewesen, dass man gesagt hat: „Na ja! So lange das Thema für uns nicht schlagend wird, kümmern wir uns nicht darum, weil eh andere sozusagen diesen Auftrag wahrnehmen.“ Und dann, wenn es erforderlich wird, dann muss man sozusagen von null auf starten.



**Ing. Rohr**

Das verursacht natürlich Kosten und erweckt beim Bürger den Eindruck, dass es teuer ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. Abg. Schwager: Danke!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 4 erledigt. *(Abg. Schwager gibt, das Rednerpult verlassend, in Richtung LR Ing. Rohr noch einen Kommentar ab.)* Bitte, Herr Abgeordneter Schwager, Sie sind nicht mehr am Wort! – Wir kommen zur Anfrage 5:

**5. Ldtgs.Zl. 107/M/29:**

**Anfrage des Abgeordneten Ing. Hueter an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ganz besonders freut es mich, heute die Hauptschule Greifenburg aus dem Drautal zu begrüßen! Grüß euch Gott! *(Beifall)* Liebe Regierungsmitglieder! *(KO Abg. Ing. Scheuch: Richtete von uns auch schöne Grüße aus!)* Bezirk Spittal, ja! *(Vorsitzender: Ich bitte, die Anfrage zu stellen!)*

Meine Anfrage richtet sich an den Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter, Dr. Ambrozy, bezüglich unseres Krankenhauses Samonig. Es ist ja schon lange in der Diskussion, seit dem „Psychiatrieplan 2001“, wo eben in dieser Zeit jetzt 30 Betten anderweitig genutzt wurden und jetzt, seit neuestem Regierungsbeschluss eben diese Bettenanzahl auf 239 reduziert wurde.

Da ist meine Anfrage: Wieso kommt es, entgegen der eindeutigen Festlegung im „Psychiatrieplan für Kärnten“, welcher in der Landesregierung beschlossen wurde, und entgegen der mehrfachen Zusicherungen im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2004 von Vertretern der Regierungskoalition, nunmehr doch nicht zur Realisierung von 30 psychiatrischen Betten im Krankenhaus Samonig, Spittal? Bitte!

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Zum Ersten möchte ich dich korrigieren: Es hat im Krankenhaus Spittal an der Drau nie 30 psychiatrische Betten gegeben, und daher konnten sie auch nicht anderweitig genutzt werden. Das zum Punkt 1.

Punkt 2: Es hat nie einen „Psychiatrieplan des Landes Kärnten“ gegeben, in dem 30 Betten für das Krankenhaus Spittal an der Drau vorgesehen wurden, der auch beschlossen wurde. Ich möchte Ihrem Gedächtnis nachhelfen: Im Jahre 2001, als ich einen derartigen „Psychiatrieplan“ in die Regierung gebracht habe, ist dieser von ÖVP und FPÖ abgelehnt worden. Ich konnte damals lediglich durchsetzen, dass man mit einem „Pilotprojekt Spittal an der Drau“ mit einer Umsetzung eines möglicherweise später zu beschließenden „Psychiatrieplanes“ beginnt. Das habe ich auch in die Wege geleitet. Ich darf Sie daran erinnern, dass etwa das Sozialpsychiatrische Zentrum in Spittal an der Drau errichtet wurde und auch in Betrieb gegangen ist, im Jahre 2002, als Vorlauf für den „Psychiatrieplan“. Das ist aus Mitteln des Kärntner Krankenanstaltenfonds auch gefördert worden. Auch hier möchte ich Ihrem Gedächtnis nachhelfen: Es waren die ÖVP und die FPÖ, die diese Maßnahme im Fonds massivst kritisiert haben und fast zu Fall gebracht hätten. Das möchte ich einmal deutlich feststellen!

In der weiteren Folge, was die Umsetzung des „Psychiatrieplanes“ betrifft, sind wir auf massiven Widerstand gestoßen, sowohl in Spittal als auch in Wolfsberg, die beide psychiatrische Betten vorgesehen hätten, weil man gerne eine psychiatrische Abteilung gehabt hätte – aber an sich nicht bereit gewesen wäre, jene Fälle nach dem Unterbringungsgesetz ebenfalls zu behandeln.

Ein „Psychiatrieplan“, der eine Reduktion um 60 Betten im Zentrum für seelische Gesundheit in Klagenfurt vorsieht, aber gleichzeitig eine dezentrale Versorgung in Villach, Spittal und Wolfsberg aufbaut, ohne dass in diesen dezentralen Versorgungseinheiten die schwere Psychiatrie, also auch die nach dem Unterbringungsgesetz, durchgeführt werden kann, ist undurchführbar, weil man nicht in Klagenfurt um 60 Betten reduzieren kann und gleichzeitig die ge-

**Dr. Ambrozy**

samte Last des Unterbringungsgesetzes in Klagenfurt belassen kann.

Nachdem dieser Zustand sich verhärtet hat, haben wir das ÖBIG beauftragt, den Psychiatrieplan zu überarbeiten. Diese Studie hat neue Empfehlungen auf den Tisch gebracht, die überhaupt in einem „Kärntner Psychiatrieplan“ gemündet haben, der dann, im Jahre 2004, in der Sitzung der Kärntner Landesregierung auch beschlossen wurde und damit – das halte ich hier eindeutig fest – es erstmals in Kärnten einen „Psychiatrieplan“ gibt, der vorsieht, dass an zwei Standorten die stationäre psychiatrische Versorgung erfolgt. Ein Standort ist das LKH Klagenfurt mit 131 Betten, und ein Standort ist das LKH Villach mit 80 Betten. Gleichzeitig ist in diesem Plan vorgesehen, dass es zu einer konsiliarischen Versorgung und Betreuung an den Landeskrankenhäusern Wolfsberg und am Krankenhaus Spittal an der Drau kommt, wobei – das möchte ich hier noch der Vollständigkeit halber sagen – das Krankenhaus Klagenfurt auch die Spezialleistung Neuropsychiatrie des Kindes und jugendlichen Alters vorsieht, mit insgesamt 48 Betten. Sie wissen ja, dass wir hier knapp vor der Fertigstellung eines Neubaus sind und damit für die Kinder und Jugendlichen eine modernste Versorgung haben.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass es zu einer ambulanten psychiatrischen Versorgung kommt, nämlich an den sozialpsychiatrischen Zentren in Klagenfurt und Villach, in Spittal an der Drau und in Wolfsberg (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) eine Erweiterung der psychiatrischen Not- und Krisenversorgung mit dem Standort in Spittal an der Drau – immerhin vier Vollzeitäquivalente an Personal –, den Ausbau der fachärztlichen Versorgung und Zugänglichkeit der psychotherapeutischen Versorgung. Letztlich ist auch ein gemeindepsychiatrischer Verbund in den vier Versorgungsregionen vorgesehen, wobei die Versorgungsregion auch festgelegt wurden, (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Redezeit ist abgelaufen!*) mit den Regionen Klagenfurt, Villach, Spittal an der Drau und Wolfsberg. Das sieht der „Psychiatrieplan“ vor, und den werden wir auch umsetzen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der SPÖ? – Herr Abgeordneter Arbeiter, bitte die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Um die Information zu vervollständigen, würde ich Sie gerne fragen: Wie hoch sind die Investitionsmittel, die in der Regierung für das LKH Spittal beschlossen worden sind?

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Die Investitionsmittel für das Krankenhaus Spittal an der Drau sind ebenfalls im heurigen Jahr endgültig beschlossen worden, nach einer sehr langen Phase der Vorbereitung. Die Gesamtsumme ist 33,2 Millionen Euro, die in Spittal investiert werden. Von diesen 33,2 Millionen Euro werden 90 % vom Land Kärnten übernommen und damit das Krankenhaus Spittal an der Drau gemäß dem „Kärntner Krankenanstaltenplan, Planungshorizont 2005“ ausgebaut. Es wird kein einziges Bett weniger geben, als im „Kärntner Krankenanstaltenplan“ vorgesehen ist! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Der Fragesteller hat noch eine Zusatzfrage, wenn es notwendig ist, sie zu stellen.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Zum Thema „Psychosomatische Klinik Millstatt“: Wie weit ist eigentlich dort der Verhandlungsstand bzw. ist dieser Verhandlungsstand dort in Frage gestellt bzw. hat das mit der Psychosomatischen Klinik in Millstatt mit diesem „Psychiatrieplan“ etwas zu tun?

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident, darf ich die Frage stellen, welche der drei Fragen ich beantworten darf. (*Vorsitzender: Jene, die Sie glauben, beantworten zu wollen! – Heiterkeit im Hause. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die mit der ursprünglichen Frage am ehesten im Zusammenhang steht!*)

Herr Abgeordneter! Über den Stand der Pläne für eine Psychosomatische Krankenanstalt in Millstatt kann ich Ihnen sagen, dass es seitens der Betreiber vorgesehen war, dass in Millstatt ein Sanatorium für psychosomatische Versorgung entsteht, und zwar außerhalb der öffentlichen Krankenanstalten. Ein diesbezüglicher Antrag wurde auch gestellt. Er wurde von meiner Abteilung nach gewissenhafter Vorarbeit auch vor zwei Jahren positiv beschieden, indem eine sanitätsbehördliche Bewilligung für die Führung eines Sanatoriums psychosomatischen Zuschnitts erteilt worden ist.

Nachdem das geschehen ist, sind die Betreiber an das Land herangetreten und haben gemeint, dass ohne öffentlichen Versorgungsauftrag so etwas nicht führbar ist, worauf es im Jänner oder Anfang Februar 2004 zu einer dringlichen Aussprache zwischen Vertretern der Landesregierung – damals waren anwesend der Herr Landeshauptmann und ich – und Vertretern des Krankenhauses Samonig (sozusagen als Vertreter der Betreiber) gegeben hat. Bei dieser Aussprache ist folgendes Ergebnis erzielt worden, nämlich dass man einen Teil dieser psychosomatischen Klinik auch als öffentliches Krankenhaus deklarieren kann, in der Größenordnung einer Abteilung mit rund 28 Betten, wobei diese öffentlichen Betten in der Weise zustande kommen, dass auf Grund einer Versorgungsbedarfsstudie noch etwa 15 Betten für die Psychosomatische Klinik zur Verfügung gestellt werden könnten und diese 15 Betten im Interesse des Baues dieser Psychosomatischen Klinik auf 20 Betten aufstocken, dass das Krankenhaus Spittal an der Drau auf 10 interne Betten für die Zukunft verzichtet, die umgewidmet werden für psychosomatische Betten in Millstatt. Das heißt, dass von den geplanten 100 Betten 30 Betten für die öffentliche Versorgung im Sinne des öffentlichen Versorgungsauftrages heran gezogen werden und die Leistungen, die dort erbracht werden, auch im Rahmen der leistungsorientier-

ten Krankenanstaltenfinanzierung abgerechnet werden. Die restlichen Betten müssen entweder Rehabilitationsbetten sein oder Privatbetten.

Nachdem wir uns auf das festgelegt haben, haben wir seitens der Betreiber nichts mehr gehört. Im Zuge der Investitionsentscheidung um das Krankenhaus Samonig hat es eine neuerliche Rückfrage gegeben. Daraufhin haben die Betreiber erstmals einen Antrag auf eine Krankenanstaltengenehmigung gestellt. Das ist die Voraussetzung, dass etwas geschehen kann. Wir haben den Betreibern jetzt mitgeteilt - vor drei Wochen war das ungefähr -, welche Unterlagen beizubringen sind. Die Unterlagen sind mittlerweile vorgelegt worden. Jetzt läuft in meiner Abteilung das Verfahren nach dem Kärntner Krankenanstaltengesetz zur sanitätsbehördlichen Bewilligung einer solchen Krankenanstalt. Wann das Verfahren abgeschlossen sein wird, das wird von den Verfahrensteilnehmern abhängen, aber jedenfalls ist das Verfahren anhängig. Es wird von meiner Abteilung zügig vorangetrieben, um die Grundlage dafür zu schaffen, dass die Psychosomatische Klinik oben gebaut werden kann. Die Entscheidung darüber, Herr Abgeordneter, liegt nicht bei uns, sondern bei den Betreibern. Das Tempo bestimmen nicht wir, sondern die Betreiber. Wir haben ein ganz klares politisches Commitment gehabt, dass wir unter Beteiligung von 30 öffentlichen Betten die Möglichkeit eröffnen, dass in Millstatt so etwas errichtet wird.

Ich möchte dazusagen, dass wir in Kärnten eine hervorragende psychosomatische Versorgung haben: einerseits durch das Krankenhaus Villach, mit dem Herrn Primarius Scholz, und andererseits auch durch die Neuorientierung des Krankenhauses Waiern. (*Vorsitzender. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Redezeit geht zu Ende!*) Das ist, wenn man so will, der Tupfen auf dem "i", der hier in Millstatt passieren würde, für die Versorgung der Kärntner Bevölkerung! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 5 erledigt. – Wir kommen zur Anfrage 6:

**Dipl.-Ing. Freunschlag****6. Ldtgs.Zl. 109/M/29:****Anfrage des Abgeordneten Vouk an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich sehe, der Herr Landeshauptmann ist nicht anwesend. Ich kann diese Frage daher nicht aufrufen, Wollen Sie sie schriftlich beantwortet haben oder mündlich? (Abg. Vouk: Mündlich!) Mündlich, in der nächsten Sitzung! Dann komme ich zur Anfrage 7:

**7. Ldtgs.Zl. 116/M/29:****Anfrage des Abgeordneten Tauschitz an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Frage an den Herrn Landesrat Dörfler: Wie viele Sicherheitsjacken, Herr Landesrat, vom Land Kärnten wurden in den diversen Wahlkämpfen von Repräsentanten der Freiheitlichen Partei bzw. der Freiheitlichen in Kärnten zur Verteilung gebracht?

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Landesrat Dörfler, bitte ich möchte aufmerksam machen, dass das auch wieder zwei Anfragen sind. Ich bitte, die Anfragen nach der Geschäftsordnung zu stellen! Bitte schön, Herr Landesrat!

Landesrat **Dörfler** (F):

Ja, ich beantworte gerne die ganze Frage. Da gibt es nämlich keine Antwort darauf: keine Jacke. Herr Abgeordneter Tauschitz, ich muss dich überhaupt fragen, wie aufmerksam du im Landtag bist. Bereits der Abgeordnete Holub hat die erste Anfrage in der ersten Landtagssitzung zu diesem Thema gestellt. Du brauchst nur die Anfragebeantwortung lesen, dann wirst du wissen, dass keine Jacken verteilt wurden. Das ist das Eine.

Im Übrigen sollte man sich mit der Verkehrssicherheit vielleicht überhaupt ein bisschen komplexer (*Ein Handyruf beim Redner stört die Lautsprecheranlage.*) auseinander setzen, denn – das hat nicht geläutet. (*Heiterkeit im Hause. – Aus der SPÖ-Fraktion: 10 Euro! - Abg. Ing. Scheuch: Nur die Hälfte! – Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Bitte, am Wort ist Herr Landesrat Dörfler. Wie ich ihn kenne, wird er die 10 Euro abliefern. Selbstverständlich!*)

Herr Abgeordneter Tauschitz, ein Pressebericht vom 27. Mai 2005: „Keine Schutzweste in Dunkelheit. 27-Jähriger starb bei Autobahnunfall.“ Und wenn nur eine Jacke in Kärnten einen derartigen Unfall verhindert, dann ist die Sicherheitsaktion des Landes Kärnten eine erfolgreiche! Es ist auch aus dieser Sicherheitsaktion ein Bundesgesetz entstanden. Das rechtfertigt es auf jeden Fall, dass diese Aktion umgesetzt wurde. Sie hat großen Zuspruch gefunden. Ich halte noch einmal fest: Jacken, die die Partei verteilt hat, das müssen Sie bei der Partei fragen! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gestellt? – Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, ich bitte, sie zu stellen! (*KO Abg. Ing. Scheuch: Der Herr Tauschitz kriegt eine Jacke von mir!*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Der Fragesteller bezeichnet sich ja gerne als „Aufdecker“. Mir scheint er in dieser Funktion einmal mehr gescheitert zu sein. Ich gehe aber davon aus, dass er diese Frage im Vollbesitz der körperlichen und geistigen Kräfte gestellt hat.

Die Antwort auf die Frage, wer die Jacken, die von Freiheitlichen ausgeteilt worden sind, bezahlt hat, ist noch offen. Daher frage ich Sie, Herr Landesrat: Wer hat die Jacken, die die Freiheitlichen bei Wahlkämpfen verteilt hat, bezahlt? (*Abg. Lutschounig: Oh, Maria! Wieder ein Spesenskandal!*)

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Gallo, ich würde diese Frage wirklich dem Parteikassier stellen und nicht mir. Ich bin nur verantwortlich für die Sicherheitsaktion des Landes Kärnten. Ich betone noch einmal, diese war äußerst erfolgreich! Bundesminister Gorbach konnte die Begutachtungsfrist quasi ausschalten, weil durch diese Aktion bewiesen wurde, wie sinnvoll diese Aktion ist. Alle Autofahrerorganisationen – ich habe hier stapelweise Berichte vom ARBÖ, ÖAMTC, Kuratorium für Verkehrssicherheit und Exekutive haben diese Sicherheitsaktion unterstützt. Der Bürgermeister von Althofen, ein Parteikollege vom Herrn Abgeordneten Tauschitz, hat Jacken verteilt.

Also ich meine, man soll halt nicht etwas kritisieren, was erfolgreich ist und was Sicherheit schafft. Meine Verantwortung als Verkehrsreferent ist eine Sicherheitsverantwortung. Die werde ich auch weiterhin wahrnehmen. Ich kann noch ankündigen, dass ich als Kinderbetreuungsreferent die Aktion „Polizist Ferdinand“ bereits Mitte August wieder mit einer zweiten ... (Abg. Ing. Hueter. *Missbrauche nicht meinen Namen! – Zwischenruf von 2. LHStv. Dr. Ambrozy.*) Na, Polizist Ferdl, der ist bei der Agentur Dörfler entstanden, Herr Ambrozy, nicht bei dir. (*Lärm im Hause*) Da drinnen, in meinem Kopf, beim Laufen fällt mir das ein. Es ist so, dass auch dort an Kinder und Jugendliche 10.000 Sicherheitsjacken, die mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit entwickelt wurden, verteilt werden. Ich will einfach, dass bereits Mitte August das Thema „Verkehrssicherheit am Schulweg, Verkehrssicherheit am Weg zum Kindergarten“ entsprechend hochwertig mit einem Medienpartner umgesetzt wird. Wir werden auch 10.000 Kinder mit dieser Jacke ausstatten. (*Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Schober, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg, ich kann das nur vom ARBÖ behaupten: Diese Jacken, die vom ARBÖ verteilt worden sind, sind Gelder, die wir aus Mitgliedsbeiträgen erhalten haben.

Aber meine Frage geht in eine andere Richtung: Ich entnehme aus einer parlamentarischen Anfrage, dass dem Verkehrsreferenten des Landes Kärnten ein Betrag von 55.000 Euro zur Anschaffung und Verteilung von Pannensackchen überwiesen worden ist. Meine Frage: Haben Sie diese Mittel zur Gänze für diese Verteilung der Sicherheitsjacken in Anspruch genommen? Wurden zusätzlich (*Vorsitzender: Nur eine Frage!*) Mittel aus dem Verkehrssicherheitsfonds des Landes in Anspruch genommen? Vor allem die entscheidende Frage, wenn bei dieser Verteilungsaktion Jacken zur Verteilung gebracht worden sind, wie haben Sie die unterschieden: Jene des Verkehrssicherheitsfonds und jene, die Sie über die Partei verteilt haben? (*KO Abg. Ing. Scheuch: Das sind drei Fragen!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Abgeordneter, Sie haben jetzt drei Zusatzfragen gestellt. Bitte, eine davon mindestens zu beantworten!

Landesrat **Dörfler** (F):

Ich fange mit der letzten Frage an: Jeder konnte die Jacken unterscheiden, auch der Herr Abgeordnete Holub. Ich habe sie damals im Landesparlament hergezeigt. Es gab eine Jacke und gibt eine Jacke mit dem Aufdruck „Kärnten“ – die Aktion wird ja weiterhin fortgesetzt. Der Kärntner Naturschutzbund ist letzte Woche ausgestattet worden. 170 Kärntner, die sich freiwillig für die Frösche im Frühjahr einsetzen, haben mich gebeten, sie auch mit Pannensackchen auszustatten. Der Herr Kollege Ambrozy hat für Rot-Kreuz-Fahrer 30 Jacken bei mir geholt. Ich finde es einfach gut, dass sich viele Organisationen und Partner mit dieser Aktion beschäftigen!

Die Jacken der Partei: Das ist bekannt, da ist unser Spitzenkandidat, Landeshauptmann Jörg

**Dörfler**

Haider, auf der Jacke mit einem Schriftzug beworben worden, erfolgreich beworben worden, (2. LHStv. Dr. Ambrozy: *Ein Sicherheitsrisiko!*) wie man am Wahltag gesehen hat. (*Heiterkeit bei der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion. – Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Dass dann auch eine orange Parteilfarbe daraus geworden ist, das mag ein glücklicher Zufall sein!

Zu dem Zuschuss des Vizekanzlers: Wir haben aus dem Verkehrssicherheitsfonds auch den Antrag an den Bund gestellt. Es war ja klar, dass nach der gesetzlichen Einführung der Jacken in Italien, wo erstaunlicherweise – das muss ich schon festhalten – der ARBÖ ja gemeint hat, man kann es den Autofahrern nicht zumuten, eine Pannensacke zu kaufen. Wie die Touristen damit zurechtkommen, das weißt du, Rudi. Wir konnten mit diesem Projekt in Kärnten beweisen, dass das dem Autofahrer sehr wohl zuzumuten ist.

Diese 55.800 Euro sind in den Verkehrssicherheitsfonds geflossen. Jeder Cent dieser Aufwendungen wurde natürlich für diese Sicherheitstour und –aktion verwendet. Du weißt das, weil der ARBÖ ist ja auch Partner der Aktion „Wintersicher“, so gesehen im weitesten Sinne auch Partner dieser Aktion. (*Abg. Schober: Ohne Jacken! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Der Antragsteller hat noch eine Zusatzfrage, wenn gewünscht. Ich bitte, sie zu stellen

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben selbst gesagt: „Die Parteiacke haben Jörg Haider drauf.“ Ich ersuche Sie, mir zu erklären, wie es sein kann, dass im Wahlkampf in Mörttschach am 17. April 2005, freiheitliches Parteilogo für deine Sicherheit, der Bürgermeisterkandidat der Freiheitlichen Fraktion Jacken verteilt hat, aus den Steuermitteln des Landes Kärnten, (*Lärm im Hause*) wo nicht „Jörg Haider“ draufsteht, und zwar in großen Mengen? (*Abg. Lutschounig: Unwahrscheinlich, was da passiert ist! – Lärm im Hause.*)

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter, du musst ein bisserl schlauer sein. (*Abg. Ing. Scheuch: Oje, oje!*) Du wirst ja nicht glauben, dass eine Ortsgruppe, zum Beispiel der Spitzenkandidat in Ossiach, jetzt der Spitzenkandidat in Gmünd und auch dieser Spitzenkandidat Jacken bei dieser Firma, die uns beliefert hat, angekauft hat und sie dort nicht bezahlt hat. Herr Oberaufdecker, du musst besser recherchieren! Herr Oberaufdecker, du musst halt wissen, dass es in diesem Lande einen gibt, der sehr genau seine Funktion als Regierungsmitglied wahrnimmt und klare Trennstriche zieht! Ich musste mir sogar von der eigenen Partei im Wahlkampf durchaus auch Kritik anhören, dass ich nicht Jacken an die Partei weiter gegeben habe. Kurt Scheuch wird das bestätigen, (*Abg. Lutschounig: Ihr verteilt sie sogar im Landtag!*) weil ich einfach einen klaren orangen Trennstrich gezogen habe.

Herr Oberaufdecker, behalte dir die Jacke. Die hat der Spitzenkandidat aus Mörttschach, bezahlt! (*Abg. Tauschitz: Das heißt, Sie verteilen Regierungsturbojacken! – Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist diese Anfrage beantwortet. – Wir kommen zur Anfrage 8:

**8. Ldtgs.Zl. 117/M/29:****Anfrage des Abgeordneten Vouk an Landeshauptmann Dr. Haider**

Er ist nicht hier. Wie darf ich weiter vorgehen? (*Abg. Vouk: Mündlich!*) Mündlich, in der nächsten Sitzung.

Ich komme zur Anfrage 9:

**9. Ldtgs.Zl. 118/M/29:****Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an Landeshauptmann Dr. Haider**

Bitte? (*Abg. Mag. Dr. Kaiser: Nächste Sitzung, mündlich!*) Nächste Sitzung, mündlich.

Wir kommen zur Anfrage 10:

**Dipl.-Ing. Freunschlag****10. Ldtgs.Zl. 119/M/29:****Anfrage des Abgeordneten Holub an  
Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Ambrozy, warum haben Sie sich angesichts der auch im internationalen Bereich beachtlichen und zahlreichen Erfolge von Kärntner Leichtathletinnen nicht für den Bau eines Leichtathletikstadions in Klagenfurt bzw. eines EM-Fußballstadions mit Kombination eines Leichtathletikstadions eingesetzt? (*Zwischenruf von LR Dörfler*)

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter, Sie merken, dass wir den ehemaligen Sportreferenten ein bisschen am Nerv gekitzelt haben, denn letztlich ist bis zum April des vergangenen Jahres der Kollege Dörfler zuständig gewesen. Die eigentlichen Entscheidungen sind also in der Zeit bis zum 1. April des Jahres 2004 gefallen.

Ich bin nicht der Meinung, dass es richtig und klug wäre, beim Neubau eines Fußballstadions eine kombinierte Anlage zu bauen. Das entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen, die der Fußball stellt und bringt am Ende beiden nichts, weil auf der einen Seite die Leichtathletik in einem großen Stadion immer vor gähnender Lehre ihre Wettbewerbe durchführen müsste und auf der anderen Seite die Ferne vom Publikum durch die Leichtathletikanlage von den Fußballern als nicht gut empfunden wird.

Das, was ich schwer kritisiere, ist, dass bis heute keine Ersatzentscheidung gefallen ist, was die Leichtathletik in Klagenfurt ist. Denn man darf nicht vergessen – ohne irgendjemand in Feldkirchen, Villach oder Wolfsberg nahe treten zu wollen -: Letztlich war Klagenfurt immer die Hochburg der Leichtathletik und sollte sie auch in Zukunft sein. Es sind großartige Athleten auch aus dem KLC hervor gegangen. Daher

halte ich es für fahrlässig, wenn Klagenfurt diesen Bereich einfach vernachlässigt und keine Ersatzlösung anbietet! (*Aus der F-Fraktion: Der Mock hat eine Zusatzfrage!*) Der Mock hat das übrigens! (*Abg. Mock lacht.*) Mock hat das, der weiß, was sich gehört! – Im Gegensatz zum Klagenfurter Bürgermeister und Sportstadtrat weiß der Mock, was sich gehört, für die Leichtathleten. So einfach ist das! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Daher werde ich massivst dafür eintreten, dass in Klagenfurt den Leichtathleten eine Heimstätte gegeben wird. Es gibt Pläne der Stadt bzw. der Planer, dass im Rahmen eines Trainingsplatzes auch eine entsprechende Leichtathletikanlage mit dazugehöriger Zuschauertribüne in der Größenordnung, wie sie die Leichtathletik braucht, gemacht wird. Dafür werde ich mich massiv einsetzen. Ich denke, dass die Stadt aufzufordern ist, hierfür eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Denn zuständig dafür ist die Stadt. Und das Land Kärnten wird sicher bereit sein – wie in anderen Gemeinden auch – eine derartige Leichtathletikanlage mit zu unterstützen und zu fördern! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie haben gesagt, Sie werden sich massiv dafür einsetzen – das ist gut! – und die Stadt auffordern. Das ist auch gut, aber das erinnert mich an ein Ballspiel, wo der Ball weitergeschoben wird.

Daher meine konkrete Frage, nachdem Sie auch Klagenfurter Stadt- und Gemeindebürger sind: Welche konkreten Lösungsansätze können Sie anbieten?

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Erstens, Herr Kollege Gallo, würde mich massiv interessieren, wie das Ballspiel heißt, von dem Sie gesprochen haben. (*Heiterkeit im Hause. – Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Teamwork!*) Das hoffe ich zum Thema Sport. Zum Zweiten: (*Abg. Arbeiter: Eine Hand wäscht die andere. Der Canori ist Sportreferent!*) Die Stadt Klagenfurt ist schlecht regiert. Ich werde jedenfalls bei der nächsten Wahl meinen Beitrag dazu leisten, dass es eine bessere Koalition gibt oder eine bessere politische Vertretung. Dann wird das sicher gehen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Schlagholz, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich bin aber überzeugt, dass es in deinem Kopf und in deinen Vorstellungen doch ein konkretes Projekt gibt, das umsetzungsreif ist und das auch deine Unterstützung hat. Ist das so? (*Lärm und Heiterkeit im Hause*)

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Da sieht man, wie unser Klub weiß, wie man gemeinsam denken kann. (*Heiterkeit im Hause. – Vorsitzender: Bitte, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist für die Anfragebeantwortung am Wort!*) Ich möchte zum Ersten sagen, dass wir an sich in Kärnten drei gut funktionierende Leichtathletikanlagen haben. Das ist einmal die Anlage im Stadion Lind, wo doch gute Athleten hervorgebracht und auch Veranstaltungen durchgeführt wurden. Ich darf an den Zehnkampf erinnern, an dem immerhin die Weltspitze, in der Person Roman Scheberle teilgenommen hat. Oder wir haben im Stadion Wolfsberg ebenfalls eine hervorragende Leichtathletikanla-

ge. Ich darf erinnern, dass wir im vorigen Jahr die österreichischen Meisterschaften der Leichtathleten durchgeführt haben. Wir haben auch eine durchaus für Trainingszwecke und auch Wettkampfszwecke geeignete Anlage in Feldkirchen und letztlich auch auf der Rennbahn im Stadion St. Veit an der Glan, die ja dann noch stärker nach dem morgigen Eröffnungstag der Leichtathletik zur Verfügung stehen wird.

Darüber hinaus bin ich gerade dabei, eine Renovierung der Kunststoffanlage in Völkermarkt durchzuführen, die dann auch für die nächsten Jahre als Trainingsanlage zur Verfügung stehen wird. Das heißt, es geht in Wahrheit um Klagenfurt. Ich werde mich massiv dafür einsetzen, dass die von den Bauverantwortlichen der Stadt entwickelten Konzepte auch umgesetzt werden, nämlich dass es nach dem Bau des Basisstadions und eines temporären Ausbaues der Leichtathletikanlage am Ende, im Rahmen eines Trainingsplatzes, zu einer Leichtathletikanlage kommt, die auch für internationale Veranstaltungen geeignet ist und die auch – gemessen an dem, was bei internationalen Veranstaltungen an Zuschauern zu erwarten ist – die entsprechenden Zuschauerplätze zur Verfügung hat. Dies deshalb, damit wir dann im Wesentlichen für die Leichtathletik gute Voraussetzungen haben. Die werden mit Sicherheit dann wieder zu schönen Erfolgen im Sport führen. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfragersteller noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Herr Dr. Ambrozy, es wurde im Zuge der Olympiabewerbung Senza confini ein Modell vorgestellt, das so genannte Ogris-Modell, das auch für ungefähr 30.000 Zuseher Platz fand und nur einen Bruchteil der Kosten des jetzigen Stadions umfasste.

Wissen Sie, warum dieser Plan für das Stadion verworfen wurde?



Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Also das weiß ich nicht, wobei die Frage der Olympiabewerbung – soweit ich mich erinnern kann – sich auf die Winterspiele bezogen hat und ich den Zusammenhang mit einem Stadion hier schwer herstellen kann. Aber es gibt ja einen Vorentwurf, an dem Architekt Ogris mitgearbeitet hat. Dieser Vorentwurf ist ja letztlich auch die Ausschreibungsgrundlage für die Entwicklung des jetzigen Stadions gewesen, wobei ich in dem Zusammenhang schon daran erinnern will, dass im Gesamtprojekt nicht nur das Stadion enthalten ist, sondern letztlich auch das Ball-sport-Kompetenzzentrum, mit einer entsprechenden Halle, der Unterbringung der Fußballakademie und allem, was damit zusammenhängt, sodass man die Gesamtkosten doch auch als Gesamtes sehen soll und das Stadion in diesem Zusammenhang nicht isoliert betrachten kann. Das ist aber offensichtlich auch vom Herrn Architekten Ogris entsprechend gutgeheißen, denn immerhin ist es ja bekannt, dass der Herr Architekt Ogris beim jetzt den Zuschlag erhaltenen Projekt zumindest zur Beibringung von Unterlagen mitgewirkt hat. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Damit ist die Fragestunde zu Ende. Es sind noch 14 Anfragen offen geblieben. Ich darf die Damen und Herren Abgeordneten fragen, wie sie diese Anfragen beantwortet haben wollen. Anfrage 11, Ldtgs.Zl. 120/M/29, der Frau Abgeordneten Mag. Lesjak an Dr. Strutz? *(Abg. Mag. Lesjak, unaufmerksam; verspätet: Mündlich!)* Mündlich. Bitte, ein bisserl zuzuhören! Anfrage 12, Ldtgs.Zl. 121/M/29, Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Frau Landesrätin Dr. Schaunig-Kandut? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, nächste Woche, bitte!)* Mündlich, nächste Woche! Dann die Anfrage 13, Ldtgs.Zl. 122/M/29, Anfrage des Herrn Abgeordneten Willegger an

Landeshauptmann Dr. Haider? *(Abg. Willegger ist mit seinen Kollegen im Gespräch.)* Herr Abgeordneter Willegger, bitte aufzupassen, wenn ich Sie etwas frage! *(Abg. Willegger: Mündlich!)* Mündlich, ja. Anfrage 14, Ldtgs.Zl. 123/M/29, Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider? *(Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!)* Mündlich, in der nächsten Sitzung. 15. Ldtgs.Zl. 124/M/29, Anfrage des Abgeordneten Holub an Landesrat Ing. Rohr? *(Abg. Holub: Mündlich!)* Mündlich. 16. Ldtgs.Zl. 125/M/29, Anfrage der Frau Abgeordneten Warmuth an Frau Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut, bitte? *(Abg. Warmuth: Mündlich, bitte!)* Mündlich. 17. Ldtgs.Zl. 126/M/29, Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut? *(Abg. Mag. Ragger: Mündlich!)* Mündlich. Anfrage 18, Ldtgs.Zl. 127/M/29, des Abgeordneten Schwager an Landesrat Mag. Dr. Martinz? *(Abg. Schwager: Mündlich, in der nächsten Sitzung, bitte!)* Mündlich. Anfrage 19, Ldtgs.Zl. 128/M/29, Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, bitte!)* Mündlich. 20. Ldtgs.Zl. 129/M/29, Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Trannacher an Landesrat Dörfler? *(Abg. Mag. Trannacher ist nicht anwesend.)* Ist nicht anwesend; mündlich, in der nächsten Sitzung. 21. Ldtgs.Zl. 130/M/29, Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut? *(Abg. Mag. Ragger: Mündlich!)* Mündlich. 22. Ldtgs.Zl. 131/M/29, Anfrage des Abg. Holub an Landesrat Dörfler? *(Abg. Holub, im Gespräch, antwortet nicht.)* Holub an Dörfler? *(Abg. Holub: Mündlich!)* 23. Ldtgs.Zl. 132/M/29, Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider? *(Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!)* Mündlich. 24. Ldtgs.Zl. 133/M/29, Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy? *(Abg. Warmuth: Mündlich, bitte!)* Mündlich. Somit wird so vorgegangen, wie gewünscht. Die Fragestunde ist zu Ende.

Wir kommen nun zur Tagesordnung.

## Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1:

**Dipl.-Ing. Freunschlag****1. Ldtgs.Zl. 2-3/29:****Angelobung eines Mitgliedes des Landtages nach Art. 23 K-LVG**

Hohes Haus! Laut Mitteilung der Landeswahlbehörde, die mit heutigem Tag bei mir eingelangt ist, hat Herr Abgeordneter Peter Mitterer auf die Ausübung seines Mandates als Abgeordneter zum Kärntner Landtag verzichtet. Er wechselt an Stelle von Roland Zellot in den Bundesrat, um dort die Präsidentschaft für Kärnten zu übernehmen. An die Stelle von Herrn Abgeordneten Peter Mitterer wurde Herr Roland Zellot berufen.

Ich ersuche Herrn Roland Zellot, ins Plenum zu kommen und mir den Wahlschein zu überreichen! *(Herr Roland Zellot tritt in den Sitzungssaal ein und zum Präsidentenpult vor und übergibt den Wahlschein.)*

Der neu in den Landtag eingetretene Abgeordnete hat nach Namensaufruf das Gelöbnis zu leisten. Ich ersuche Sie, sehr geehrte Damen und Herren, sich von Ihren Sitzen zu erheben und den Schriftführer, die Gelöbnisformel zu verlesen! *(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

**Schriftführer Direktor Mag. Weiß:**

Die Gelöbnisformel lautet: „Ich gelobe, für die Freiheit, den Bestand und die Wohlfahrt des Landes Kärnten und der Republik Österreich jederzeit einzutreten, die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“

**Abgeordneter Zellot (F):**

Ich gelobe! *(Abg. Zellot bekräftigt das Gelöbnis dem Landtagspräsidenten mit Handschlag. – Beifall im Hause.)*

**Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (F):**

Danke schön! *(Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)* Meine Damen und Herren! Ich gratuliere dem neuen Abgeordneten zu seiner Angelobung! *(Beifall im Hause)* Ich ersuche um aktive Mitar-

beit zum Wohle des Landes und seiner Bürger und wünsche ihm dabei alles Gute! Der Landtag ist wieder vollzählig konstituiert. *(KO Abg. Ing. Scheuch und KO-Stv. Dipl.-Ing. Gallo beglückwünschen den neu gewählten Abgeordneten. Der Klubobmann überreicht ein rosa Glücksschwein mit BZÖ-oranger Halsbinde. – Abg. Lutschou-nig: Ist das der Fernsehwaschl? – BR Ing. Siegfried Kampl und andere Mandatäre gratulieren ebenfalls.)*

Nachdem die Gratulationen erfolgt sind und der Herr Abgeordnete Zellot seinen Platz eingenommen hat, können wir zum Tagesordnungspunkt 2 kommen. *(Nun nimmt Abg. Zellot seinen Platz in der F-Abgeordnetenbank ein. – Abg. Schwager: Zur Geschäftsordnung!) – Zur Geschäftsordnung, bitte schön, Herr Abgeordneter Schwager!*

**Abgeordneter Schwager (FPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! In der Landtagssitzung am 7. Juni 2005 wurde unter Tagesordnungspunkt 13 eine Änderung der Klubanzeige des FPÖ-Landtagsklubs verlesen. Die Änderung war ich. „Der Abgeordnete Franz Schwager scheint als Klubmitglied nicht mehr auf.“ Vor Verlesung der Klubanzeige am 7. Juni hatte ich mich zur Geschäftsordnung gemeldet und dem Hohen Landtag mitgeteilt, dass die Änderung der Klubanzeige gegen meinen Willen erfolgte und ich aus dem Freiheitlichen Klub nicht ausgetreten bin.

Im Buch „Rechtsgrundlagen für die Landtagsarbeit“, auf Seite 71, ist unter „§ 7, Bildung von Klubs, Anmerkungen“, unter „Punkt 4“ nur „Austritt eines Mitglieds“ vorgesehen, jedoch kein Ausschluss aus dem Klub. Was in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist, kann auch nicht stattfinden.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Präsident, dies zu prüfen und mir darüber dann eine Mitteilung zu geben. Denn ich will Mitglied des Freiheitlichen Landtagsklubs bleiben. *(Heiterkeit beim KO Abg. Ing. Scheuch: Aber nur glauben!)* Das war die erste Geschäftsordnungsmeldung. *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)*

Dann habe ich noch eine, sehr geehrter Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich werde an der Abstimmung bei den Tagesordnungspunkten 2 bis 5 nicht teilnehmen,

**Schwager**

weil ich gegen die Umreihung des Bundesrates Siegfried Kampl bin. Er ist ein guter Regional- und Kommunalpolitiker, und dies seit Jahrzehnten! Und gegen ihn liegt strafrechtlich nichts vor. Ich halte diese Vorgangsweise für ungerichtet! Danke, das war's.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Abgeordneter, das waren zwei Geschäftsordnungsmeldungen. Ich habe sie zur Kenntnis genommen und komme nun zum Tagesordnungspunkt 2.

**2. Ldtgs.Zl. 4-7/29:****Nachwahl eines Obmannes eines Ausschusses und Nachwahlen von Mitgliedern in die Ausschüsse gem. Art. 17 Abs. 3 K-LVG**

Hohes Haus! Auf Grund der Veränderung im Freiheitlichen Landtagsklub ist die Nachwahl eines Obmannes eines Ausschusses und der sonstigen Mitglieder der Ausschüsse erforderlich. Es gilt das Verhältniswahlrecht. Die ordnungsgemäß eingebrachten Wahlvorschläge des Freiheitlichen Landtagsklubs sind verfassungskonform. Die Wahl erfolgt durch die Verlesung der Wahlvorschläge.

Herr Schriftführer, ich darf Sie ersuchen, den Wahlvorschlag zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Die Wahlvorschläge lauten wie folgt:

Zum Obmann für den Ausschuss für Budget, Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen wird Herr Dritter Landtagspräsident Josef Lobnig an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Peter Mitterer vorgeschlagen.

Als Mitglieder von Ausschüssen werden vorgeschlagen:

Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr: Herr Landtagsabgeordneter Mag. Walter Ebner anstelle von Landtagsabgeordneten Günter Willegger, Herr Landtagsabgeordneter Ing. Helmut Haas anstelle von Landtagsabgeordneten Bernhard Gritsch.

Für den Ausschuss für Budget, Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen: Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Gritsch anstelle des ausgeschiedenen Herrn Abgeordneten Peter Mitterer, Herr Landtagsabgeordneter Günter Willegger anstelle von Landtagsabgeordneten Mag. Walter Ebner.

Für den Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks: Herr Landtagsabgeordneter Roland Zellot anstelle von Landtagsabgeordneten Ing. Helmut Haas.

Für den Kontrollausschuss: Herr Landtagsabgeordneter Mag. Walter Ebner anstelle von Landtagsabgeordneten Mag. Christian Ragger.

Für den Unvereinbarkeitsausschuss: Herr Landtagsabgeordneter Roland Zellot anstelle des ausgeschiedenen Herrn Abgeordneten Peter Mitterer.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Danke schön! Sie sind damit gewählt, meine Damen und Herren! Ich gratuliere Ihnen recht herzlich! Der Landtag und seine Ausschüsse sind somit wieder ordnungsgemäß konstituiert und können ihre Arbeit fortsetzen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 3:

**3. Ldtgs.Zl. 5-6/29:****Wahl eines Mitgliedes des Bundesrates und seines Ersatzmitgliedes gem. Art. 35 Abs. 1 und 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG)**

Hohes Haus! Herr Roland Zellot hat mit Schreiben vom 28. 6. 2005 bekannt gegeben, dass er auf die weitere Ausübung seines Bundesratsmandates mit sofortiger Wirkung verzichtet. Herr Mag. Christof Neuner hat mit Schreiben vom 13. 6. 2005 mitgeteilt, dass er auf die weitere Ausübung seines Mandates als Ersatzmitglied des Bundesrates mit sofortiger Wirkung verzichtet. Dadurch wird eine Nachwahl erforderlich. Es gilt das Verhältniswahlrecht. Der Wahlvorschlag steht dem Freiheitlichen Landtagsklub zu.

Es liegen zwei ordnungsgemäße Wahlvorschläge vor. Sie lauten auf Peter Mitterer als Mitglied des Bundesrates und auf Mag. Christof Neuner

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

als Ersatzmitglied. Hohes Haus! Von jedem Klub ist das jüngste anwesende Mitglied zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Wahlergebnisses berufen. Es sind dies für die Freiheitlichen Herr Abgeordneter Mag. Christian Ragger, für die SPÖ Frau Abgeordnete Dr. Beate Prettnner und für die ÖVP Herr Abgeordneter Stephan Tauschitz.

Es liegen, wie bei jeder Wahl, vorbereitete Kuverts und Stimmzettel auf. Die Wahl erfolgt durch Ankreuzen. Ich ersuche, den Stimmzettel in das Kuvert zu legen, auch allenfalls nicht angekreuzte. Ich bitte die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten und den Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten nach der Stärke der Klubs zur Stimmabgabe aufzurufen! Herr Schriftführer, bitte schön!

**Schriftführer Direktor Mag. Weiß:**

Herr Abgeordneter Mag. Walter Ebner, Herr Erster Präsident Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag (*Während des Wahlganges des 1. Präsidenten führt der 2. Präsident den Vorsitz.*), Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Johann Alois Gallo, Herr Abgeordneter Bernhard Gritsch, Herr Abgeordneter Albert Gunzer, Herr Abgeordneter Ing. Helmut Haas, Frau Abgeordnete Mag. Helga Knicek, Herr Abgeordneter Mag. Christian Ragger, Herr Abgeordneter Ing. Kurt Scheuch, Herr Abgeordneter Harald Trettenbrein, Frau Abgeordnete Mag. Johanna Trodt-Limpl, Frau Abgeordnete Wilma Warmuth, Herr Abgeordneter Günter Willegger, Herr Abgeordneter Roland Zellot;

Herr Abgeordneter Gebhard Arbeiter, Herr Zweiter Präsident Johann Ferlitsch, Herr Abgeordneter Mag. Dr. Peter Kaiser, Herr Abgeordneter Gerhard Köfer, Herr Abgeordneter Karl Markut, Herr Abgeordneter Gerhard Mock, Frau Abgeordnete Dr. Beate Prettnner, Herr Abgeordneter Hans Peter Schlagholz, Herr Abgeordneter Rudolf Schober, Herr Abgeordneter Herwig Seiser, Herr Abgeordneter Jakob Strauß, Frau Abgeordnete Mag. Sieglinde Trannacher, Herr Abgeordneter Ferdinand Vouk;

Herr Abgeordneter Mag. Raimund Grilc, Herr Abgeordneter Ing. Ferdinand Hueter, Herr Abgeordneter Robert Lutschounig, Herr Abgeordneter Stephan Tauschitz – der Abgeordnete Tauschitz ist auch Wahlhelfer, bitte;

Herr Abgeordneter Rolf Holub, Frau Abgeordnete Mag. Barbara Lesjak;

Herr Abgeordneter Franz Schwager.

*(Nachdem die Stimmzähler die in die Wahlurne abgegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt:)*

**Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (F):**

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: Es wurden insgesamt 33 Stimmen abgegeben. Für Peter Mitterer wurden 17 gültige und 16 ungültige, für Mag. Christof Neuner, als Ersatzmitglied, 14 gültige und 19 ungültige Stimmen abgegeben. Die Wahlzahl beträgt 9. Herr Peter Mitterer ist somit zum Mitglied des Bundesrates und Herr Mag. Christof Neuner zu seinem Ersatzmitglied gewählt. Ich gratuliere dem neu gewählten Herrn Bundesrat und wünsche ihm in seiner neuen Funktion alles Gute! Ich ersuche ihn, seinen Platz einzunehmen! *(Beifall. – KO Abg. Ing. Scheuch und KO-Stv. Dipl.-Ing. Gallo gratulieren. – Der Klubobmann überreicht BR Mitterer ein Paar Steigeisen: Damit er am glatten Wiener Parkett nicht ausrutscht! – Auch BR Ing. Siegfried Kampl zählt zu den ersten Gratulanten. BR Mitterer nimmt seinen Platz in der Bundesratbank ein.)*

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zum Tagesordnungspunkt 4:

**4. Ldtgs.Zl. 5-7/29:****Änderung der Vorsitzführung im Bundesrat gem. Art. 36 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)**

Hohes Haus! Die am 24. Juni 2005 kundgemachte Änderung des Art. 36 Abs. 2 B-VG gibt dem Landtag die Möglichkeit, die halbjährlich wechselnde Vorsitzführung im Bundesrat einem anderen Vertreter zu übertragen, dessen Mandat im Bundesrat auf dieselbe Partei fällt, auf welche auch das an erster Stelle zustehende Mandat fällt.

Die Freiheitlichen im Kärntner Landtag haben mit Schreiben vom 22. 6. 2005 an mich beantragt, dass der Vorsitz im Bundesrat nicht vom

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

Erstgereihten, Ing. Siegfried Kampl, sondern vom heute neu gewählten Bundesrat, Peter Mitterer, geführt werden soll. Der Landtag hat hierzu einen Beschluss zu fassen, wobei ich darauf hinweise, dass hierfür jedenfalls die Zustimmung von mehr als der Hälfte jener Mitglieder des Landtages vorliegen muss, deren Mandate im Landtag auf diese Partei entfallen.

Ich darf den Beschlussvorschlag verlesen:

Der Landtag wolle beschließen: Soweit das Land Kärnten zum Vorsitz im Bundesrat berufen ist, soll den Vorsitz gemäß Art. 3 Abs. 2 B-VG das Mitglied des Bundesrates, Peter Mitterer, führen. Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, komme ich zur Abstimmung. Wenn Sie diesem Beschlussvorschlag zustimmen, bitte ich um ein zustimmendes Zeichen mit der Hand! – Gegenstimmen? – Mit einer Gegenstimme ist dieser Antrag beschlossen worden. Ich bedanke mich!  
Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

**5. Ldtgs.Zl. 10-5/29:****Verlesung der Änderung der Klubanzeige des F-Klubs gem. § 7 Abs. 4 K-LTGO**

Der Freiheitliche Landtagsklub hat eine Änderung der Klubanzeige übermittelt. Diese ist nach unserer Geschäftsordnung in der Landtagssitzung zu verlesen und der Amtlichen Niederschrift als Anlage beizuschließen.

Ich ersuche den Schriftführer, die Änderung der Klubanzeige zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Die Klubanzeige lautet wie folgt:

Der Freiheitliche Landtagsklub Kärnten setzt sich wie folgt zusammen:

Klubobmann: Landtagsabgeordneter Ing. Kurt Scheuch

Klubobmann-Stellvertreter: Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Johann Alois Gallo

Weitere Mitglieder: die Landtagsabgeordneten Mag. Walter Ebner, Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag, Bernhard Gritsch, Albert Gunzer, Ing. Helmut Haas, Mag. Helga Knicek, Josef Lobnig, Mag. Christian Ragger, Harald Trettenbrein, Mag. Johanna Trodt-Limpl, Wilma Warmuth, Günter Willegger, Roland Zellot.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (F):**

Danke schön! – Hohes Haus! Der Landtag ist somit wieder vollständig konstituiert und kann seine Arbeit fortsetzen. Ich rufe uns alle zu einer konstruktiven Arbeit zum Wohle unseres Landes und seiner Bevölkerung auf!

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Ich ersuche den Schriftführer um die Mitteilung des Einlaufes! – Es ist keiner erfolgt. Dann beschließe ich die heutige Landtagssitzung und danke für Ihre Anwesenheit!

**Ende der Sitzung: 10.38 Uhr**